

## **Unterrichtung**

**durch die deutsche Delegation in der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

**Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik vom 3. bis 5. März 2024, Brügge, Belgien**

### Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1</b> <b>Teilnehmende der deutschen Delegation</b> .....	2
<b>2</b> <b>Einführung</b> .....	2
<b>3</b> <b>Ablauf der Tagung</b> .....	2
<b>4</b> <b>Eröffnungssitzung</b> .....	2
<b>5</b> <b>Unterstützung der Ukraine gegen die russische Aggression</b> .....	3
<b>6</b> <b>Der fortlaufende Prozess der Erweiterung der EU</b> .....	3
<b>7</b> <b>Der Strategische Kompass und die Resilienz der EU</b> .....	3
<b>8</b> <b>Prioritäten der GASP und der GSVP</b> .....	3
<b>9</b> <b>Dringlichkeitsdebatte zur Situation im Nahen Osten</b> .....	4
<b>10</b> <b>Erklärung der Co-Vorsitzenden</b> .....	5

## 1 Teilnehmende der deutschen Delegation

An der 24. Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) nahmen folgende Abgeordnete des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter **Dr. Marcus Faber** (Delegationsleiter, FDP) und  
Abgeordnete **Sara Nanni** (Bündnis 90/Die Grünen).

Aus dem Bundesrat nahm der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, **Dr. Reiner Haseloff**, teil.

## 2 Einführung

Die IPC GASP/GSVP wurde 2012 durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedsstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlaments auf der Basis des Protokolls Nr. 1 zum Vertrag von Lissabon über die Rolle der nationalen Parlamente in der EU eingesetzt. Die IPC GASP/GSVP ist Teil der parlamentarischen Dimension der EU-Ratspräsidentschaft. Ziel der Konferenz ist der Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zur GASP und GSVP zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament (EP). Dazu treffen die Abgeordneten mit der EU-Ratspräsidentschaft, dem Hohen Vertreter/der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie anderen Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission zusammen. Für den Deutschen Bundestag nimmt eine Delegation von bis zu sechs Abgeordneten an der Konferenz teil, die sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen im Bundestag zusammensetzt. Für das Europäische Parlament sind 16 Sitze vorgesehen. Die Konferenz tritt zweimal im Jahr jeweils in dem Mitgliedstaat der EU zusammen, der die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft innehat.

## 3 Ablauf der Tagung

Die 24. Tagung der IPC GASP/GSVP fand auf Einladung des belgischen Parlaments (belgische EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2024) vom 3. bis 5. März 2024 in Brügge statt. An der Konferenz nahmen 137 Delegierte aus 26 nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament sowie 24 Delegierte aus den Partnerländern Albanien, Georgien, Island, Moldau, Montenegro, Norwegen, Türkei, Ukraine und dem Vereinigten Königreich teil. Die Konferenz war in eine Eröffnungssitzung und vier thematische Sitzungsblöcke unterteilt. Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, ließ sich entschuldigen. Es wurde von den Konferenzteilnehmern scharf kritisiert, dass der Hohe Vertreter zum wiederholten Mal nicht zur Verfügung stand.

Aufgrund des andauernden Krieges in der Ukraine lag ein Fokus der Debatten auf diesem Thema. Alle Mitgliedstaaten zeigten sich weiterhin geschlossen in ihrer Solidarität gegenüber der Ukraine und der Verurteilung des ungerechtfertigten Angriffskrieges der Russischen Föderation. Neben Forderungen nach verstärkter Lieferung von Munition und Flugabwehrsystemen an die Ukraine wurde auch die Verwendung der eingefrorenen Vermögenswerte zum Wiederaufbau angesprochen. Darüber hinaus wurde über aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen in der GASP und der GSVP debattiert. Dabei wurde die Verteidigungsfähigkeit Europas sowie die Struktur und Entwicklung der europäischen Rüstungsindustrie beleuchtet. Die nächste IPC GASP/GSVP wird voraussichtlich vom 9. bis 10. September 2024 in Budapest, Ungarn, auf Einladung des ungarischen Parlaments stattfinden.

## 4 Eröffnungssitzung

In ihrer Eröffnungsrede wies die Präsidentin des belgischen Senats, **Stephanie D'Hose**, auf die prekäre Lage in der Ukraine hin, wo Russland die Kultur und Geschichte des Landes auslöschen wolle. Frieden, Demokratie und Sicherheit, dafür stehe die EU und diese Werte müsse sie ihren Bürgern garantieren. Die Bedeutung der Konferenz liege darin, Antworten auf die gegenwärtigen Herausforderungen zu finden. **David McAllister**, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, verdeutlichte den geopolitischen Wandel und die extremen Herausforderungen, vor denen die EU stehe. Nur gemeinsam könne man die russische Aggression stoppen. Der Ukraine sicherte er die volle Solidarität zu, solange es nötig sei und mit allem was nötig sei. Wo immer die Demokratie bedroht sei, müsse die EU handeln. Dabei beschrieb er die NATO als den Eckpfeiler transatlantischer Sicherheit und forderte die Rüstungsausgaben in den Nationalstaaten auf mindestens zwei Prozent des BIP anzuheben. **Els Van Hoof**, Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Beziehungen des belgischen Repräsentantenhauses, konstatierte, dass die militärische Zusammenarbeit innerhalb der NATO noch stärker intensiviert werden und die EU schneller auf Krisen reagieren können müsse. Dies erfordere aus ihrer Sicht qualifizierte Mehrheitsentscheidungen zur GASP und GSVP.

## 5 Unterstützung der Ukraine gegen die russische Aggression

Im ersten Sitzungsabschnitt lobte die belgische Außenministerin, **Hadja Lahbib**, die Verabschiedung des 50 Milliarden-Euro-Hilfspakets und des 13. EU-Sanktionspakets gegen Russland als ein wichtiges Signal bei der Unterstützung der Ukraine. Die Vorsitzende des Ausschusses für Europäische Integration des ukrainischen Parlaments, **Ivanna Klymush-Tsintsadze**, schilderte eindrücklich die katastrophalen Lebensumstände der Menschen in der Ukraine und unterstrich, wie überlebenswichtig die Waffen- und Munitionslieferungen seien. In der Debatte forderte Abgeordneter **Dr. Marcus Faber** alle Mitgliedsstaaten der EU – von Irland bis Österreich – auf, den wortreichen Solidaritätsbekundungen tatsächliche Waffenlieferungen folgen zu lassen. Die Abgeordnete Sara Nanni warnte vor durch Russland gesteuerte Meinungen und Propaganda und rief zu einem fairen und fokussierten Wahlkampf für das EU-Parlament im Juni 2024 auf.

## 6 Der fortlaufende Prozess der Erweiterung der EU

Die Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Beziehungen des belgischen Repräsentantenhauses, **Els Van Hoof**, sagte, dass der Krieg in der Ukraine dazu geführt habe, dass die Erweiterungspolitik der EU an Aktualität gewonnen habe. Belgien sei bereit, die Beitrittskandidaten bei ihrem Weg in die EU zu unterstützen. Gleichzeitig müsse die EU sicherstellen, ihre Entscheidungsprozesse zukunftssicher zu machen. Dies würde auch Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik nötig machen, um bei Krisen schnell und vereint handeln zu können. Die Rektorin des Europakollegs Brügge, **Federica Mogherini**, sprach sich für eine Komplettierung der europäischen Integration auf dem europäischen Kontinent aus. Aus ihrer Sicht sei die Erweiterung eine Gelegenheit für institutionelle Reformen, aber keine Notwendigkeit. Der Generaldirektor der Europäischen Kommission für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, **Gert Jan Koopman**, betonte, dass einige Beitrittskandidaten früher als erwartet bereit seien, der europäischen Familie beizutreten. Die EU müsse sich daher die Frage stellen, ob sie selbst dafür ausreichend vorbereitet sei. Eine lebhafte Diskussion belegte, dass die Erweiterungspolitik der EU wieder an Bedeutung gewonnen hat.

## 7 Der Strategische Kompass und die Resilienz der EU

Die Vorsitzende des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments, **Nathalie Loiseau**, bezeichnete die Bewältigung des Krieges in der Ukraine, Investitionen in die europäische Verteidigungsindustrie sowie den Erfolg der Mission im Roten Meer gegen Piraten als wichtige Prioritäten für die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die letzten Monate hätten zudem gezeigt, dass die russische Verbreitung von Desinformation zu einer echten Waffe gegen die EU und die Demokratie geworden sei. Der Generalstabschef der belgischen Armee, Admiral **Michel Hofman**, betonte, dass nur durch eine glaubwürdige Abschreckung, inklusive umfassender militärischer Kapazitäten, Antworten auf die bestehenden Krisen gegeben werden können. Die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament seien ein Garant für Demokratie. Aus Sicht des Vorsitzenden des EU-Militärausschusses, General **Robert Brieger**, müsse durch eine schnelle Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie eine Pattsituation in der Ukraine verhindert werden. Weitere zentrale Themen der EU-Verteidigungspolitik seien derzeit der Einsatz gegen Piraten im Roten Meer, bei dem die Sicherheit auf See in einem feindlichen Umfeld gewährleistet werden müsse, sowie die instabile Lage in der Sahelzone, wo gleichzeitig die Ernährungsunsicherheit ein Problem sei.

## 8 Prioritäten der GASP und der GSVP

Die Vorsitzende des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees der EU und stellvertretende Politische Direktorin des Europäischen Auswärtigen Dienstes, **Delphine Pronk**, sprach im letzten Sitzungsabschnitt über die aktuellen Entwicklungen in der GASP und der GSVP im Namen von Josep Borrell Fontelles, dem Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei betonte sie sowohl die Herausforderungen im Nahen Osten, bei der Verbesserung der Strukturen der Rüstungsindustrie, der Nachbarschaftspolitik sowie die Positionen der EU gegenüber China, Afrika, Lateinamerika und der Indo-Pazifik-Region. Die wichtigste Botschaft, die sie vermittelte, war die Rolle, die die nationalen Parlamente spielen sollten, den Bürgern die Bedeutung der GASP und GSVP zu veranschaulichen. Abgeordnete **Sara Nanni** beschrieb die NATO als Fundament der europäischen Verteidigung und die Aufgabe der EU darin, eine Strategie zur Verbesserung der Strukturen in der europäischen Rüstungsindustrie zu entwickeln. In der Diskussion sprach sich Ungarn klar gegen Mehrheitsbeschlüsse in der EU aus. Delegierter **Rihards Kols** (Lettland) mahnte vehement, nicht den moralischen Kompass zu verlieren und die Einigkeit und Handlungsfähigkeit der EU zu erreichen, um im Kampf gegen die russische Aggression und die weiteren Herausforderungen erfolgreich zu sein. Abschließend kritisierte Delegierter **Pavel Fischer** (Tschechien) die Abwesenheit und Geringschätzung der Parlamentarier durch den Hohen Vertreter.

## 9 Dringlichkeitsdebatte zur Situation im Nahen Osten

In einer Dringlichkeitssitzung zur Situation im Nahen Osten betonte der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, **David McAllister**, das Selbstverteidigungsrecht Israels nach dem Terrorangriff der Hamas. Jetzt sei es wichtig, die Gewalt so schnell wie möglich zu beenden, um weitere unschuldige Opfer auf beiden Seiten zu vermeiden. Abgeordneter **Dr. Marcus Faber** forderte die Hamas auf, alle Geiseln freizulassen und zu kapitulieren und die arabischen Staaten forderte er dazu auf, ihre Legitimität bei den Palästinensern für ein stärkeres Engagement zu nutzen.

Berlin, den 26. April 2024

**Dr. Marcus Faber**

Delegationsleiter

## 10 Erklärung der Co-Vorsitzenden

### **24. Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) Brügge, 3. bis 5. März 2024**

#### **Gemeinsame Erklärung der Co-Vorsitzenden**

*Im Rahmen der parlamentarischen Dimension der belgischen EU-Ratspräsidentschaft fand vom 3. bis 5. März 2024 die 24. Interparlamentarische Konferenz (IPK) für die GASP/GSVP statt. An der Konferenz nahmen Parlamentarier aus den EU-Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament, Beobachter aus EU-Kandidatenländern und potenziellen Kandidatenländern und europäischen NATO-Ländern sowie hochrangige Gäste teil. Die folgenden Erklärungen sind nicht bindende Schlussfolgerungen aus den Diskussionen zu den verschiedenen Themenbereichen.*

Wir, die Ko-Vorsitzenden der 24. IPK,

1. begrüßen die Entschlossenheit der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, sich für die Stärkung der regelbasierten multilateralen Ordnung und die Verteidigung der demokratischen Grundsätze weltweit einzusetzen;
2. weisen darauf hin, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie die instabile Lage im Nahen Osten weiterhin zu erheblichen geopolitischen Verwerfungen führen. Wir betonen, dass der Multilateralismus das alleinige geeignete Mittel zur Bewältigung enormer globaler Herausforderungen ist;
3. bekräftigen die entscheidende Rolle, die den Parlamenten bei der Überwachung und Kontrolle der Außenpolitik der EU zukommt, und fordern eine stärkere Beteiligung der nationalen Parlamente sowie des Europäischen Parlaments an den Diskussionen über die „Soft Power“ und „Hard Power“ der EU. Wir weisen auf die Notwendigkeit einer stärkeren und effektiveren parlamentarischen Diplomatie, die die Außen- und Sicherheitspolitik der EU ergänzt, und die Nutzung effizienterer Entscheidungsverfahren hin;

#### **Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine**

4. verurteilen den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auf das Schärfste, der vom unrechtmäßigen Lukaschenko-Regime in Belarus sowie vom Iran und von der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) gefördert und unterstützt wird. Wir verlangen, dass Russland und seine Hilfstruppen sämtliche Militäraktionen einstellen und ihre Truppen unverzüglich und bedingungslos aus dem international anerkannten Hoheitsgebiet der Ukraine sowie aus allen anderen Ländern abziehen, deren Hoheitsgebiet oder Teile davon sie unrechtmäßig besetzen;
5. betonen die Notwendigkeit, die Verbrechen der russischen Führung strafrechtlich zu verfolgen, wozu die Aggression, der Bruch des Völkerrechts, die Verletzung anerkannter Grenzen, die völkerrechtswidrige Verschleppung und Deportation geschützter Personen und Kinder sowie Landraub und schwere Kriegsverbrechen gehören. Wir verurteilen alle hybriden Angriffe Russlands gegen die Ukraine sowie gegen jedwedes andere Land und verurteilen aufs Schärfste die weltweite Verbreitung der russischen Propaganda über den Krieg in der Ukraine. Wir fordern die Einsetzung eines internationalen Sondertribunals, um Russlands verbrecherischen Angriff auf die Ukraine strafrechtlich zu verfolgen, und unterstützen den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) bei seiner Untersuchung der in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen;
6. bringen unsere Unterstützung für die von der Ukraine vorgelegte Friedensformel zum Ausdruck und fordern die EU und ihre Mitgliedstaaten, Partner und Verbündeten nachdrücklich auf, mit der Ukraine Sicherheitsgarantien zu vereinbaren, wie sie im Kyjiwer Sicherheitspakt empfohlen werden. Wir betonen, dass die Verpflichtungen der EU und der NATO gegenüber der Ukraine Teil eines umfassenderen, international koordinierten Pakets an Sicherheitsgarantien für die Ukraine sind, das die Entwicklung eines multilateralen Rahmens für die Aushandlung bilateraler Sicherheitsverpflichtungen und -vereinbarungen für die Ukraine durch die G7 einschließt;

7. begrüßen die Vorschläge des Hohen Vertreters/Vizepräsidenten der Kommission (HR/VP) für mittel- bis langfristige Sicherheitsgarantien für die Ukraine und den ergänzenden Finanzierungsmechanismus für die Ukraine im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EFF). Wir betonen die Bedeutung der EFF, die die ukrainischen Streitkräfte durch die Finanzierung und Bereitstellung von militärischer Ausrüstung und Ausbildung unterstützt und gleichzeitig die Koordinierung aller Beteiligten durch den beim EU-Militärstab (EUMS) eingerichteten Vermittlungsmechanismus gewährleistet. Des Weiteren begrüßen wir die Einrichtung der militärischen Unterstützungsmission der Europäischen Union zur Unterstützung der Ukraine (EUMAM UA) und ihre Rolle bei der Verbesserung der militärischen Effizienz der ukrainischen Streitkräfte und fordern eine weitere Erhöhung der Anzahl ausgebildeter Soldatinnen und Soldaten sowie die Erweiterung der Ausbildungsarten auf der Grundlage des Bedarfs der ukrainischen Streitkräfte. Wir rufen alle Mitgliedstaaten auf, unverzüglich die Kapazitäten bereitzustellen, die die Ukraine in dieser schwierigen Phase des Krieges benötigt;
8. begrüßen die Anstrengungen zur Wiederaufbauhilfe für die Ukraine und die rasche Verabschiedung der Ukraine-Fazilität, die Hilfe im Wert von 50 Milliarden Euro über vier Jahre ermöglicht. Wir fordern die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, in enger Abstimmung mit den G7-Partnerländern rasch eine Rechtsgrundlage zu schaffen, die die Verwendung eingefrorener russischer Vermögenswerte und damit verbundener Einnahmen zur Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine ermöglicht;
9. ermutigen die EU und ihre Mitgliedstaaten, die Sicherheitszusammenarbeit mit der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau zu verstärken, insbesondere bei der Bekämpfung von hybriden Bedrohungen und Desinformation und im Bereich Cybersicherheit. Wir begrüßen die Entsendung der Partnerschaftsmission der Europäischen Union in Moldau (EUPM Moldova), der ersten zivilen GSVP-Mission zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des moldauischen Sicherheitssektors beim Krisenmanagement und bei der Abwehr hybrider Bedrohungen;

#### **Die besorgniserregende und instabile Lage im Nahen Osten**

10. bekräftigen auf das Entschiedenste unsere Verurteilung der verabscheuungswürdigen Terroranschläge, die von der Terrorgruppe Hamas gegen Israel verübt wurden. Wir fordern die unverzügliche und bedingungslose Freilassung aller von der Hamas entführten Geiseln und die Rückgabe der Leichname verstorbener Geiseln. Wir anerkennen das im Völkerrecht verankerte – und durch das Völkerrecht eingeschränkte – Recht Israels auf Selbstverteidigung, welches besagt, dass alle Konfliktparteien jederzeit zwischen Kämpfenden und Zivilisten unterscheiden müssen und dass Angriffe ausschließlich gegen militärische Ziele durchgeführt werden dürfen. Diesbezüglich bringen wir unsere tiefe Sorge über das Ausmaß des Leidens innerhalb der Zivilbevölkerung im Gazastreifen zum Ausdruck, das durch die israelische Militäraktion noch verschärft wird, und fordern einen dauerhaften Waffenstillstand sowie die Wiederaufnahme der Bemühungen um eine politische Lösung, sofern alle Geiseln unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden und die Terrororganisation Hamas zerschlagen wird. Wir bringen unsere tiefe Trauer um die unschuldigen Opfer auf beiden Seiten zum Ausdruck;
11. betonen, dass es dringend geboten ist, den Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen und den Friedensprozess wieder in Gang zu setzen. Wir bekräftigen abermals unsere entschlossene Unterstützung für eine Zweistaatenlösung auf dem Verhandlungsweg und auf der Grundlage der Grenzverläufe von 1967 mit zwei souveränen, demokratischen Staaten, die Seite an Seite in Frieden und garantierter Sicherheit leben, mit Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten und unter uneingeschränkter Achtung des Völkerrechts. Wir fordern eine entsprechende europäische Initiative, um die Zweistaatenlösung gemeinsam mit den arabischen Partnern und den USA wieder auf den Weg zu bringen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die kurz vor den Anschlägen von der EU und der Arabischen Liga ins Leben gerufene Initiative „Friedenstag für den Frieden im Nahen Osten,“;
12. fordern eine Beendigung der Besetzung palästinensischer Gebiete. Wir erinnern daran, dass die israelischen Siedlungen im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, nach internationalem Recht illegal sind. Wir rufen zur Deeskalation der Spannungen im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, auf;
13. unterstützen eine erweiterte Rolle für die beiden zivilen Missionen der EU im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (das EU-Koordinierungsbüro für die Unterstützung der palästinensischen Polizei und die Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des Grenzschutzes am Grenzübergang Rafah). Ziel ist es, dass sie ausgehend von ihrer einzigartigen Position – in der sie den Dialog sowohl mit dem Staat Israel wie auch mit der Palästinensischen Autonomiebehörde aufrechterhalten – an einer vereinfachten Bereitstellung humanitärer Hilfe für den Gazastreifen sowie an einer verbesserten Funktionsfähigkeit der Palästinensischen Autonomiebehörde im Westjordanland mitwirken, um auf diese Weise die Friedensbemühungen der EU zu stärken;

14. verurteilen auf das Entschiedenste die Angriffe der Huthi auf die Handelsschifffahrt vor der Küste Jemens. Wir begrüßen die Durchführung der maritimen Sicherheitsoperation Aspides im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und in enger Abstimmung mit regionalen Akteuren und internationalen Partnern als notwendigen Schritt zur Verbesserung der maritimen Sicherheitslage vom Roten Meer bis zum Golf von Aden. Wir missbilligen die Rolle, die Drittstaaten und nichtstaatliche Gruppen bei der finanziellen, materiellen und operativen Unterstützung von Hamas und Hisbollah spielen. Wir fordern die EU auf, Sanktionen gegen jene Staaten und Einrichtungen zu verhängen, die die Anschläge unterstützt haben;

15. verurteilen den Anstieg von Antisemitismus, anti-muslimischem Hass und Rassismus in ganz Europa. Wir fordern die Regierungen auf, alle nur erdenklichen geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit unserer jüdischen Bürgerinnen und Bürger in der gesamten Europäischen Union zu gewährleisten;

### **Erweiterung**

16. unterstreichen das Bekenntnis zu einem erweiterten, leistungsbezogenen Beitrittsprozess auf der Grundlage fairer und strenger Beitrittskriterien, der eine schrittweise Integration in die Gemeinschaftspolitiken ermöglicht. Wir bekräftigen erneut die Notwendigkeit, den Beitritt neuer Mitgliedstaaten und die Vertiefung der EU parallel voranzutreiben;

17. betonen die Notwendigkeit, die EU-Finanzierung mit ihren strategischen Zielen und Interessen in Einklang zu bringen und diejenigen Beitrittsländer zu unterstützen, die sich zu den Grundwerten der EU bekennen und sich für gutnachbarschaftliche Beziehungen sowie regionale Zusammenarbeit und dauerhafte Aussöhnung einsetzen;

18. betonen, dass die Angleichung an GASP ein wesentlicher Indikator für die Einhaltung der Grundprinzipien der EU und eine tragfähige künftige Mitgliedschaft ist und bekräftigen erneut, dass sich alle Beitrittsländer eindeutig zu den strategischen Interessen der EU bekennen und sich als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine den restriktiven Maßnahmen der EU – einschließlich der verhängten Sanktionen – anschließen müssen;

19. verweisen auf die strategische Bedeutung des westlichen Balkans für die aktuelle geopolitische Lage sowie für die Sicherheit und Stabilität der EU als Ganzes. Wir bekräftigen die Notwendigkeit einer verstärkten europäischen Präsenz und Sichtbarkeit in der Region, um schädliche Einflüsse von außen und deren hybride Aktivitäten abzuschrecken und die Widerstandsfähigkeit der Region gegen Einmischung von außen zu stärken;

20. sind fest davon überzeugt, dass institutionelle Reformen die Handlungsfähigkeit der EU erhöhen und vereinfachte sowie effizientere Entscheidungsprozesse beinhalten sollten; wobei man vom Prinzip der Einstimmigkeit abrücken sollte. Wir bekräftigen die Forderung an den Rat, bei Beschlüssen in Bereichen der GASP, die keine militärischen oder verteidigungspolitischen Auswirkungen haben, schrittweise auf die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit umzustellen;

### **Strategischer Kompass und EU-Resilienz**

21. bekräftigen die in der Erklärung von Versailles eingegangene Verpflichtung der Staats- und Regierungschefs der EU, mehr Verantwortung für die europäische Sicherheit zu übernehmen und der Ukraine jedwede erforderliche Unterstützung angedeihen zu lassen; wir fordern darüber hinaus die vollständige Umsetzung des Strategischen Kompasses, um die Europäische Union zu einem stärkeren und leistungsfähigeren Sicherheitsgaranten zu machen, der über eine robuste industrielle Verteidigungsbasis verfügt, die mit der NATO interoperabel ist und sie ergänzt;

22. erinnern daran, dass das Ziel der EU – wie im Strategischen Kompass deutlich gemacht – darin besteht, sich bestmöglich auf sich rasch entwickelnde Herausforderungen vorzubereiten und die eigene Widerstandsfähigkeit erheblich zu verbessern. Wir betonen, wie wichtig es ist, die Abhängigkeiten bei kritischen Technologien und Wertschöpfungsketten zu verringern, damit die EU zu größerer technologischer Autonomie gelangt und die Resilienz der Lieferketten der europäischen Verteidigungsindustrie gestärkt wird. Wir erinnern daran, dass das Instrument zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung (EDIRPA) und die Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion (ASAP) nur erste Schritte zur Verbesserung der Kapazitäten der verteidigungstechnologischen und industriellen Basis der EU (EDTIB) sein können, um die Mitgliedstaaten mit den benötigten Produkten und Mengen zu versorgen. Daher begrüßen wir die Veröffentlichung der neuen Europäischen Strategie für die Verteidigungsindustrie (EDIS) und insbesondere den Vorschlag für eine neue Verordnung für ein Europäisches Investitionsprogramm für Verteidigung (EDIP), für das eine angemessene Finanzierung sichergestellt werden muss, um Innovationen zu fördern, die Produktion anzukurbeln und intelligentere und effizientere öffentliche Investitionen zu gewährleisten;

23. begrüßen die dritte Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO. Wir fordern die EU und die Mitgliedstaaten, die zugleich NATO-Mitgliedstaaten sind, nachdrücklich auf, die kohärente Umsetzung der Ziele, Synergien und Kohärenz zwischen dem Strategischen Konzept der NATO und dem Strategischen Kompass der EU zu gewährleisten, insbesondere in Bezug auf die Abwehr der russischen Aggression, militärische Mobilität, hybride und Cyber-Kriegsführung, globale maritime Sicherheit sowie Terrorismusbekämpfung. Wir begrüßen den Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO.